

Depressionen oder Radikalisierung durch "Reformen" ?

"Der Tod ist ein Meister aus Deutschland". So hieß es, weil im "1000jährigen Reich" eine menschenverachtende Systematik mit aller damals möglichen Gründlichkeit Bevölkerungsgruppen erst diffamierte, dann auslöschte. Im Gegensatz zur Jetzt-Zeit, ein Grundgesetz mit löblichen Vorgaben, sollte für die Zukunft derartige Menschenrechtsverletzungen verhindern, ist festzustellen, dass abermals ganze Bevölkerungsgruppen diffamiert und aufeinander gehetzt werden. "Die Alten fressen den Jungen die Zukunft weg, die Ausländer nehmen den Einheimischen die Arbeit weg, Erwerbslose sind faul und sollen darum auch nicht essen", so die auch von hochrangigen Politikern favorisierten Schmähungen und Volksverhetzungen, die die so genannte freie Presse regelmäßig 1:1 wiedergibt, ohne die verantwortlichen Brunnenvergifter anzuprangern. Bei der Zeitung mit den 4 großen Buchstaben sind wir diese Hetze gewöhnt, dass aber auch die so genannte seriöse Berichterstattung ohne Aufschrei diese volksverhetzenden Sonntagsredner gewähren lässt ist eine



Schande für diese Zunft, die auch, als 4. Säule der Gewaltenteilung in unserem Rechtsstaates wirken sollte, diese Aufgabe nicht mehr erfüllt. Staatsdiener ? Als solche sollten sich unsere Politiker begreifen. Sie dienen nicht mehr dem Staate, bedienen ihre Lobby und die Interessen derer, die skrupellos nur auf Gewinnmaximierung schauen, die Menschen in der Arbeitswelt nur noch als Ware

betrachten, ansonsten noch als Konsumenten dulden, so diese auch über eine gute Kaufkraft verfügen. Ohne Arbeitslohn ist für viele keine Kaufkraft vorhanden. Erwerbslose, die durch die Hartz-IV-Gesetze zu Bittstellern degradiert werden, sind mit 347,-€Regelsatz-Almosen für die Wirtschaft uninteressant. Allerdings sind sie durch die gesetzlich geförderte Verarmung sehr gut als Lohndrücker nutzbar. In Verbindung mit Gesetzen, die den Menschen in dieser Situation auch keine Wahl zur Ablehnung eines unterbezahlten Arbeitsplatzes lassen, ergreift häufig Resignation und Depression die Betroffenen. Ein Ausweg ist für viele nur selten gegeben, da es einfach nicht genügend Arbeitsplätze für alle gibt. Eine Lüge, dass ein jeder, der nur will, auch existenzsichernde Arbeit findet. Viele müssen zusätzlich zum Billiglohn-Arbeitsplatz ergänzende Hilfe bei den Argen bzw. JobCentern erbitten. Menschenwürde ist in diesen Amtsstuben häufig ein Fremdwort. Eine Verpflichtung zur Aufklärung, SGB X regelt die Rechte des Umgangs der Staatsdiener mit dem Bürger, durch Überforderung der Sachbearbeiter,

"Rentenreform"

Null-Runden bei Rentenzahlung. Erhöhung des Eintrittsalter auf 67 Rentensystem ohne Rücklagen ? Die Renten sind immer noch ohne eine ernsthafte Kontrollinstanz vom Bundeshaushalt abhängig ? Nur eine Reform-Lüge ?

"Gesundheitsreform"

Eintrittsgeld 10€beim Arzt. Höhere Beiträge an Krankenkassen, die immer weniger an Leistungen erbringen. Zuzahlungen zu Medikamenten, die sozialschwache Menschen gar nicht aufbringen können ?

"Arbeitsmarktreform"

1-€Job anstatt Arbeitsplatz. 128millionenfacher Missbrauch ? Massnahmeträger, die reguläre Arbeitsplätze vernichten ? Dazu noch Geld zur kostenfreien Ausbeutung in Zwangsarbeit erhalten ?

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ? Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

@l p t r a u m - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptraum.org - info@gegen-sozialabbau.de

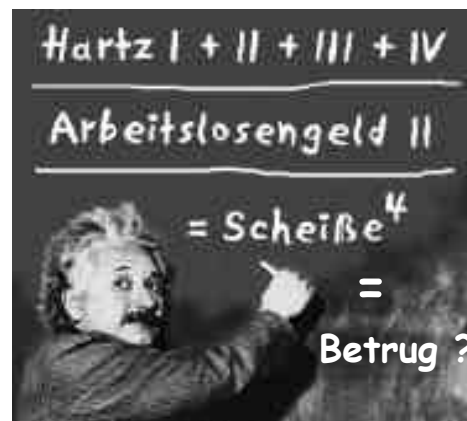


Depressionen oder Radikalisierung durch "Reformen" ?

oft aber auch durch interne Dienststanweisungen wird die Verpflichtung zum beratenden Umgang mit Antragstellern einfach außer Kraft gesetzt. Heutzutage ist ein auf staatliche Hilfe angewiesener Mensch gefordert, sich genaust in die gesetzlichen Vorgaben einzuarbeiten, um nicht auf der Strecke zu bleiben. Wir berichteten in der August-Ausgabe, dass jetzt auch noch die kostenlose Prozesskostenhilfe für Bedürftige abgeschafft werden soll. **Ein weiterer Schritt verantwortungsloser Gesetzgebung zur Entrechtung in Armut lebender Menschen.** Ein Hohn, dass in einem der reichsten Länder Kinderarmut herrscht, die Kinder in den Schulen bereits auf ein dauerhaftes Leben in Hartz IV vorbereitet werden müssen. Statistiken sind bekanntlich immer nur für den Menschen glaubhaft, der sie selbst gefälscht hat. Auch hier wirkt unser Ministerium für Arbeit und Soziales hervorragend. Wir berichteten bereits, dass diese Behörde im ehemaligen Gebäude des Reichspropagandaministers Göbbels verortet ist. In der Auseinandersetzung, wie weit wir in der BRD in Richtung Totalitär-Regime und Überwachungsstaat abdriften, bekommen wir auch durch hannöversche Gewerkschaftsfunktionäre Wort-

zensur zu spüren: Die 128 Millionen existierenden 1-€-Jobs sollen von Kritikern nicht als Zwangsarbeit bezeichnet werden. Arbeit in einem Verhältnis, das in der Praxis kein Arbeitsverhältnis begründet, keine Klage vor Arbeitsgerichten ermöglicht, bei Verweigerung oder Protest Sanktionen auslöst ? Welch eine wirksame Wunderwaffe gegen Arbeitnehmerinteressen hat sich der als kriminell erkannte IG-Metaller Peter Hartz mit diesen 1-€-Job-Arbeitsgelegenheiten (AGHs) ausgedacht ? Entrechtung und Ausübung von Zwängen zur Annahme von Arbeit wird von der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bereits als Zwangsarbeit geächtet. Die Führungsriege im DGB setzt sich nicht ernsthaft für ihre erwerbslosen Mitglieder ein. Michael Sommer (DGB) tonte in Malaysia als 1. stellvertretender Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dass die Zwangsarbeit von ca. 12,3 Millionen aufhören müsse. Die Einladung zu einer 1-€-Jobber-Veranstaltung am 13.9.07 durch die ver.di-Erwerbslosen-Ortsgruppe Hannover erzeugte Zoff mit dem ver.di-Bezirksgeschäftsführer. Dieser rügte nach Kritik des hannoverschen DGB-Chefs die Erwerbslosen, dass diese mit

dem ver.di-Logo einladen, dabei den Begriff Zwangsarbeit benutzen. Funktioniert so die Zusammenarbeit der Rot-Grün-Kräfte, die Hartz IV erfunden haben mit denen, die in den gleichen Gremien sitzen, durchaus mehr Arbeitnehmerrechte anmahnen könnten, es aber nicht tun. Mittäter oder schweigende Mehrheit ? Ein abermals perfekt funktionierendes System ? Zuarbeit von Argumenten für Neonazis ? (HaDe)



Unser ständiger freier @lptraum-Mitarbeiter im September:

"Der Staat ist für die Menschen und nicht die Menschen für den Staat."
(Albert Einstein 1879-1955)

Öffentlicher Nahverkehr Hannover: Sozial-Tickets sind angestrebt !

Eine Unterschrift als Unterstützer unserer Forderung zu einem Sozial-Ticket haben wir vom Pressesprecher der **üstra** zwar nicht erhalten, jedoch den freundlichen Hinweis, dass auch die **üstra** die Einführung eines Sozialtickets begrüßen würde. Grundsätzliche Bereitschaft auch im Gespräch mit der Regionsfraktion der Grünen, über das *wie* wird ernsthaft verhandelt.

Wir unterstützen die Erklärung des Sozialbündnis Hannover und treten für die Schaffung eines **SozialTickets** für Hannover ein:

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriefarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortserwerbslosenausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grottian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, AStA Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Bürgerinitiative Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Interkulturhaus Kargah e.V., Sozialinitiative Linden-Limmer e.V. (S.I.L.L.), Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Erwerbsloseninitiative Hannover-Nordstadt, Querkunst Hannover e.V., IG Metall-Erwerbslose Wolfsburg, Initiative Offenes Mikrophon Hannover, Prof. Rainer Roth (AG TuWas Frankfurt/M.), Bündnis Zukunft Hannover, Africa-Forum Hannover, Pogo-Partei Nds. (POP), radio flora - Hannovers Regionalsender

Kontakt: **SozialTicket**-Initiative Hannover, c/o KDA Industriefarramt, DGB Hannover, Redaktion @lptraum.

Impressum: "ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover
Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31
@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361
Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover
www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de
@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung
Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg
Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.
Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.
Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papiaerausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Stoppt die Vorratsdatenspeicherung! - Samstag, 22. September 2007



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SvDK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0
Hannoversche Linke, Viktoriastraße 42	Termin vereinbaren, 300 69 00

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen!

Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen!

Bundesanwaltschaft lässt Stadtsoziologen verhaften

Er wusste zuviel - und schrieb es auch noch auf

So erging es einem Berliner Stadtentwicklungs-Forscher. Andrej H. wurde in Untersuchungshaft gesteckt - weil er sich angeblich im Frühjahr diesen Jahres mit einer Person getroffen habe, der jetzt ein versuchter Brandanschlag auf Lastwagen der Bundeswehr in Brandenburg und Mitgliedschaft in der MILITANTE(N) GRUPPE (mg) vorgeworfen werde. Andrej H. sei zudem "Vordenker" dieser Gruppe.

Neben Andrej H. steht auch der mit ihm zum Thema Stadtgeographie zusammen arbeitende Sozialwissenschaftler Mathias B. unter Verdacht. Dazu SPIEGELONLINE:

Als Verdachtsmomente gegen B. führen die Karlsruher Strafverfolger nach Angaben der Verteidiger unter anderem an, dass ein 1998 von ihm veröffentlichter wissenschaftlicher Artikel "Schlagwörter und Phrasen" enthalte, "die in Texten der ‚militante(n) Gruppe (mg)‘ gleichfalls verwendet werden". Die Häufigkeit der Übereinstimmung sei "auffallend und nicht durch thematische Überschneidungen erklärlich". Außerdem sei er als promovierter Politologe "intellektuell in der Lage, die anspruchsvollen Texte der ‚militante(n) Gruppe (mg)‘ zu verfassen. [...]"

Wissenschaftliches Arbeiten kommt den Ermittlern offenbar schon als solches verdächtig vor. Einem der Sozialwissenschaftler wird vorgeworfen, ihm stünden "Bibliotheken zur Verfügung, die er unauffällig nutzen kann, um die zur Erstellung der militanten Gruppe erforderlichen Recherchen durchzuführen", zitieren die Verteidiger aus der Argumentation der Bundesanwaltschaft.

Der Verteidiger von Andrej H. folgert in

der jW: [...] Pol Pot lebt:

Wer schreiben kann und sich zu bestimmten Themen äußert, scheint schon mal dringend verdächtig zu sein. Und die sogenannte Militante Gruppe schreibt ja viel. Die sollen sich beispielsweise zum Thema Stadtentwicklung geäußert haben. Nun hat auch unter den Beschuldigten jemand mit dem Thema zu tun. Solche Übereinstimmungen in Beiträgen haben ausgereicht, um Leute im Ermittlungsverfahren nach Paragraph 129a als Beschuldigte zu führen und den ganzen Apparat der Überwachung auf sie anzusetzen."

Weder auf der SPIEGEL-Website noch aus der jW war zu erfahren, ob beim besagten Andrej H. (Name ist der Redaktion bekannt) vielleicht den Linksterrorismus-Verdacht noch erhärtete, dass er aktiv in der Berliner Mietergemeinschaft mitarbeitet, weil er aus seinen urban-soziologischen Forschungsergebnissen solche Schlüsse zieht wie "Das Hauptproblem für Alg II-Bezieher ist momentan die Wohnungssuche, nicht so sehr die Gefahr des Zwangsumzugs. Große Teile Ostberlins und zentrale Wohnlagen werden Erwerbslosen durch zu hohe Mietpreise vorenthalten. Eine sozial- und wohnungspolitische Zeitbombe ist die Privatisierung von mittlerweile 200.000 Wohnungen in Berlin." (auf einem Symposium unter dem Dach der Kirche im Frühjahr 2007)

Eine Erwerbslosenaktivistin schrieb: "Andrej H. ist anerkannter Stadt- und Regionalsoziologe, aktives Mitglied der Berliner Mietergemeinschaft und schreibt im Mieterecho. In der letzten Ausgabe hatte er sich zum neuen Berliner Mietspiegel geäußert. Am 26.6.2007 hatte er beim DGB-Arbeitskreis der Erwerbslosen Berlin

einen Vortrag zum Zusammenhang von Mietspiegelentwicklung und den Ausführungsbestimmungen zum Wohnen von Alg II-BezieherInnen und anderen Bedürftigen gehalten. Das wollte er eigentlich Anfang August auf dem ‚Roten Abend‘ wiederholen und ich wollte im 2. Teil das Buch der Kampagne gegen Zwangsumzüge "Wohnst du noch oder haust du schon?" vorstellen."

Die Veranstaltung musste leider ohne Andrej H. stattfinden, denn der befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Staatsgewahrsam...

Wenn die Hüter der Freibeuterisch-Demagogischen Grundbesitz-Ordnung schon so wild um sich schlagen, wird auch verständlicher, warum Schäuble so verbissen für seine "Online-Durchsuchung" kämpft. Denn das würde ja auch wirtschaften helfen in solchen Fällen wie der aktuellen "Geheimnisverrats-Affäre" aus dem BND-Untersuchungsausschuss.

Und auch, warum das Bildungssystem ist, wie es ist (und - gottseibeius - auch so zu bleiben hat!): Nicht auszudenken, wenn noch mehr Leute "intellektuell in der Lage" wären, "anspruchsvolle Texte ... zu verfassen"!

Und was lehrt uns das ?

Legen wir uns schon 'mal vorsorglich einen (möglichst durchsichtigen!) Beutel mit Zahnbürste und Unterwäsche griffbereit, damit alles freiheitlich-demokratisch-grund-ordentlich und unter Beachtung von Art. 1 GG abläuft, wenn das Sondereinsatzkommando demnächst einmal auch unsere Tür sprengt ?!...

Bis dahin machen auch wir aber weiter unsere Arbeit, nämlich möglichst vielen Menschen durch Zusammenfassung und Aufarbeitung von Informationen Denk- und Handlungsansätze zu geben.

Quellen: Quer/jw/Spiegel online (Alp)

Berlin-Demo: "Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!"

"Ich hab's mir nicht ausgesucht"

Ergebnisbericht einer Studie zu den Auswirkungen von Hartz IV auf die Betroffenen

Von Ende März bis Ende September 2006 hat die Sozialwissenschaftlerin Anne Ames im Auftrag des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eine Fragebogenerhebung bei Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld II (ALG II) durchgeführt. Ziel der Erhebung war es, die Umsetzung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) und deren Auswirkungen aus der Sicht und dem Erleben der Betroffenen zu erkunden.

Der Ergebnisbericht liegt nun unter dem Titel "Ich hab es mir nicht ausgesucht" vor.

Bereits an zweiter Stelle der am schwersten erlebten Entbehnungen der Betroffenen, so eins der zentralen Ergebnisse, ist die Ernährung. Offenbar sparen sich viele die Ausgaben für Dinge, die im Regelsatz nicht vorgesehen sind - etwa eine Monatskarte für den Stadtverkehr, das Abonnement einer Tageszeitung, Geburtstags- oder Weihnachtsgeschenke - buchstäblich vom Munde ab".

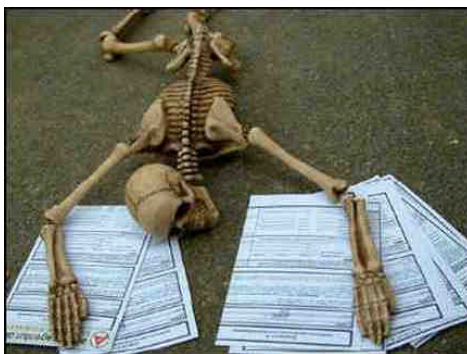
"Hartz IV wird längst wie eine Selbstverständlichkeit behandelt"

Warum haben Sie dabei ausgerechnet die subjektive Sicht der Betroffenen untersucht?

Anne Ames: Spontane Gegenfrage: Wieso sollte ausgerechnet diese Sicht nicht untersucht werden? Schließlich sind die Betroffenen die Experten ihrer eigenen Lebenslage, und sie sind durch Hartz IV nicht in dieser oder jener Hinsicht betroffen, sondern ganz umfassend und existenziell. Wirkungsforschung zu Hartz IV allgemein, in der die Betroffenen eher als die kleinen Zinnsoldaten im Sandkastenspiel der Mächtigen erscheinen, gibt es ja bereits zuhauf.

Sind also, wie manche Medien einen tagtäglich glauben machen, Arbeitslose schlichtweg faul und wollen einfach nicht arbeiten gehen?

Anne Ames: Problematisch ist sicher, dass manche Medien ihre Zuschauer oder Leser damit ergötzen, ihnen einzelne - etwas exotische - Betroffene so vorzuführen, dass sich der Medienkonsument zufrieden zurücklehnen und sich sagen kann: "Lieber Gott, ich danke Dir, dass ich nicht so bin wie jene da." Problematischer finde ich, dass die meisten Medien viel zu wenig und viel zu wenig kritisch über das Thema



informieren und berichten. Dass sie Hartz IV, wenn überhaupt, dann längst wie eine Selbstverständlichkeit behandeln. Eigentlich müssten zum Beispiel Zeitungsredaktionen Zeter und Mordio schreien, dass im Hartz-IV-Regelsatz nicht einmal eine Tageszeitung vorgesehen ist. Stattdessen orientieren sie sich bei ihrer Themenauswahl daran, dass ALG-2-Empfänger ja ohnehin nicht zu ihrer Zielgruppe zählen können. Das weiß ich leider aus sehr berufenem Munde.

Was halten Sie von Ein-Euro-Jobs und mit diesem verbundenem Arbeitszwang?

Anne Ames: Das sind für mich mindestens zwei Fragen, nämlich die nach dem Arbeitszwang, der längst nicht nur in der Zuweisung von Ein-Euro-Jobs besteht, und die nach Ein-Euro-Jobs. Arbeitszwang, egal in welcher Form, halte ich für ein übles Ablenkungsmanöver des Gesetzgebers von der eigenen arbeitsmarktpolitischen Hilflosigkeit bis Unwilligkeit. Die Leute brauchen keinen Arbeitszwang, sondern Arbeitsplätze, und zwar solche, mit und von denen sie anständig leben können. Die würden sie mit Handkuss nehmen.

Die wenigen Erwerbslosen, in meiner Untersuchung waren es knapp 13 Prozent, die vorübergehend oder endgültig nicht mehr am Erwerbsleben teilnehmen wollen, haben in der Regel gute Gründe hierfür: Sie versorgen kleine Kinder oder pflegebedürftige Angehörige, oder sie wollen sich aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht mehr am Tanz ums Goldene Kalb beteiligen. Eigentlich müsste sich dieser Staat über jeden freuen, der nicht mehr arbeiten will.

Ein-Euro-Jobs an sich sind eine ziemlich zwiespältige Geschichte: Die meisten, die einen solchen Job ausüben, tun dies, ich sage mal, notgedrungen-freiwillig. Freiwillig insofern, als sie nicht von ihren Behörden dazu verpflichtet worden sind. Notgedrungen, weil der Ein-Euro-Job

die einzige Möglichkeit für sie ist, die unzureichende Regelleistung wenigstens um 100 oder 150 Euro im Monat aufzubessern. Für sehr viele ist die Übernahme eines Ein-Euro-Jobs auch der letzte Strohalm, an den sie ihre Hoffnung auf einen normalen Job klammern. Diese Hoffnung wird so gut wie immer enttäuscht: Von den 93 Ein-Euro-Jobberinnen und Jobbern unter meinen Befragungsteilnehmern ist nur einer auf diesem Wege tatsächlich in einen Arbeitsvertrag gelangt.

Neben der weiteren schweren Enttäuschung, die die Ein-Euro-Jobs für ihre Inhaber bereithalten, erleben viele natürlich auch, dass sie Arbeiten verrichten, die bis vor Kurzem normale bezahlte Arbeit darstellten oder die es jedenfalls sein müssten.

Ein-Euro-Jobs vernichten Arbeitsplätze. *Gerade unter Studierenden höre ich immer wieder das Argument: Ach, ich komme doch auch mit 500 Euro aus, den Hartz-IV-Empfängern wird sogar noch die Miete gezahlt, die sollen sich mal nicht so haben, das ist doch viel Geld! Was erwidern Sie hierauf?*

Anne Ames: Erstens macht es einen Riesenunterschied, ob ich in einer Lebensphase, die ich als vorübergehend betrachte und in der ich hoffnungsfroh etwas tun kann, was der Gestaltung meiner Zukunft dient, mit wenig Geld auskommen muss, oder ob ich die Armut als einen sich ständig verschärfender Dauerzustand erleben muss und keinerlei Perspektiven sehe, da wieder raus zu kommen. Und das trifft Unzählige nach etlichen Jahrzehnten Berufstätigkeit.

Zweitens haben Studierende in der Regel noch deutlich mehr Absicherungen und weniger Verpflichtungen als ALG-II-Bezieher. Kleines Beispiel: Als Student sind Sie in der Regel noch über die Privathaftpflichtversicherung von Mama oder Papa abgesichert, als ALG-IIer nicht mehr.

Drittens ist bei ALG-IIern die Armut mit einer ungeheuren alltäglichen Unfreiheit und Gängelei kombiniert: Studierende, die in den Semesterferien den Rucksack packen und wohin auch immer reisen wollen, müssen nicht vorher aufs Amt, um sich die Genehmigung zum Verlassen ihres Wohnortes zu holen. ALG-IIer müssen das, und sie bekommen die Genehmigung - wenn es gut geht - für höchstens zwei Wochen.

Anderes Beispiel: Wenn Sie BAföG

"Ich hab's mir nicht ausgesucht"

Ergebnisbericht einer Studie zu den Auswirkungen von Hartz IV auf die Betroffenen

beziehen, kommt kein Schnüffler vom Amt zu Ihnen, um zu überprüfen, ob Sie mit Ihrer Freundin vielleicht Tisch und Bett teilen.

"Verarmt, verunsichert, ausgegrenzt und ohne Perspektive" Was haben Sie während Ihrer Untersuchung erlebt?

Anne Ames: Nichts, womit ich als in der Durchführung empirischer Erhebungen erfahrene Sozialwissenschaftlerin nicht gerechnet hätte. Weh getan hat es, wenn in Fragebögen Probleme geschildert wurden, die offensichtlich darauf beruhten, dass die Betroffenen von ihrer Behörde eine grob falsche Auskunft bekommen hatten. Da hab ich die Anonymität der Befragung bedauert, denn ich hätte den Leuten gerne geschrieben, dass sie eine falsche Auskunft bekommen haben und sich dagegen wehren müssen.

Was sind die bezeichnendsten Befunde Ihrer Untersuchung?

Wie fühlen sich die Betroffenen?

Anne Ames: Dem letzten, resümierenden Kapitel meiner Untersuchung musste ich die Überschrift "Verarmt, verunsichert, ausgegrenzt und ohne Perspektive" geben. Ein anderes Fazit lassen die Angaben und die Erläuterungen der überwältigenden Mehrheit der Befragungsteilnehmerinnen und teilnehmer kaum zu.

Ich denke, sehr bezeichnend für die Situation, in der wir uns befinden, ist die Riesenkluft zwischen den durchaus vernünftigen Wünschen einer sehr großen Zahl von ALG-II-Betroffenen nach beruflicher Förderung, nach Weiterbildung oder Umschulung und der Realität der beruflichen Förderung, die kaum mehr stattfindet.

Ein anderer Befund, von dem ich mir sehr wünschte, dass er zur Kenntnis genommen würde, ist die erschreckend hohe Zahl von Betroffenen, die ihre Beziehungen zu ihren Kindern, ihren Partnern und Partnerinnen, zu anderen Angehörigen und zu ihren Freunden als schwer belastet und gestört erleben. Im Übrigen muss ich aber alle, die sich für die Befunde interessieren bitten, im Ergebnisbericht zu lesen. Er ist für 8€ - für Normalverdiener - beziehungsweise 4€ - für Arme - beim Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung zu haben.

Eine ganz andere Arbeitszeitpolitik wäre erforderlich

Was schließen Sie aus Ihren Befunden? Ist ein Einschreiten der Politik gefragt?



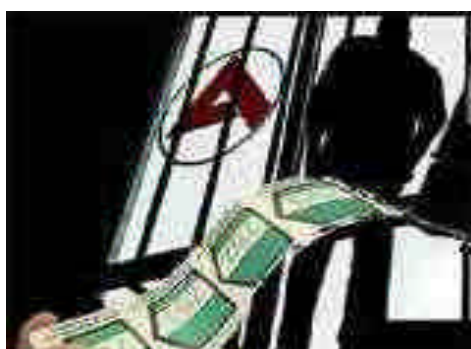
Anne Ames: Ach Gott, was heißt "Einschreiten"? Meines Erachtens sollten Politiker nicht schreiten, weder ein noch aus, sondern die Fakten zur Kenntnis nehmen, nachdenken und Politik machen. Und Politik machen ist eben etwas anderes, als partikulare Wirtschaftsinteressen zu bedienen.

Was genau wäre notwendig, um diesen Missständen abzuweichen?

Anne Ames: Erstens eine deutliche Erhöhung der Regelleistung, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche, damit es den Menschen möglich ist, am gesellschaftlichen Leben, an Bildung und Kultur teilzunehmen.

Zweitens eine von Eltern und Partnern oder Partnerinnen unabhängige Einkommenssicherung für alle Erwachsenen, das heißt alle über 17-jährigen Erwerbslosen.

Drittens eine Arbeitsmarktpolitik, die diesen Namen verdient. Das heißt eine Politik, die sich an der Schaffung und Erhaltung sinnvoller Arbeitsplätze maßgeblich beteiligt, und nicht an deren Abbau. Hierzu gehörte meines Erachtens vor allem die entschiedene Zusammenarbeit von Gesetzgeber und Gewerkschaften für eine ganz andere Arbeitszeitpolitik. Bei einer Regelarbeitszeit von 30 Wochenstunden würden alle bezahlte Arbeit finden, die ihren Lebensunterhalt liebend gern aus eigenen Kräften bestreiten würden.



Freilich müsste eine solche Arbeitszeitpolitik auch flankiert sein von einer Aus- und Fortbildungspolitik, die es den Arbeitssuchenden ermöglicht, ihre berufliche Qualifikation den Anforderungen des Arbeitsmarktes anzupassen, anstatt sie in sinnlosen so genannten Trainingsmaßnahmen zu verschleifen.

Viertens - aber das würde sich dann von allein ergeben - die ersatzlose Streichung des existenzbedrohenden und herabwürdigenden Sanktionsparagrafen 31 SGB II. Wenn es genug existenzsichernde Arbeitsplätze gäbe, müsste Papa Staat die Leute keineswegs unter Androhung von Gewalt zu ihrem vermeintlichen Glücke zwingen. Weshalb die Anspielung im Titel "Ich habe es mir nicht ausgesucht"?

Anne Ames: Mit diesem Titel haben wir eine Befragungsteilnehmerin zitiert. Sie schrieb am Ende des Fragebogens: "Mir ist wichtig, dass die Öffentlichkeit endlich begreift, dass es jedem passieren kann. Ich habe zwei prekäre Arbeitsverhältnisse und komme trotzdem nicht aus der Hartz-IV-Geschichte heraus. Ich wünsche mir, dass wir nicht als Sozialschmarotzer hingestellt werden. Ich war selbst vor zwei Jahren noch Leistungsträgerin der Gesellschaft, und ich habe es mir nicht ausgesucht, arbeitslos zu werden. Ich möchte, dass das in der Gesellschaft verstanden wird."

Wie werden Sie persönlich nun weitermachen; bleiben Sie am Thema dran?

Anne Ames: Freilich bleib ich dran. Wobei ich gegenwärtig hauptsächlich an einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Untersuchung arbeite, in der es um die Arbeitssituation und das Rollenverständnis der so genannten persönlichen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Fallmanagerinnen und Fallmanager in den ALG-II-Behörden geht. Diese Leute hat der Gesetzgeber ja sozusagen in die Rolle des Prellbocks zwischen sich und die ALG-II-Bezieher gestellt. Ich beneide sie nicht. Aber auch da interessiert mich als Empirikerin eben, wie die Arbeitenden selbst ihre Situation erleben und bewältigen. Davon hängt ja auch viel für die ALG-II-Betroffenen ab. (Alp)

Links

www.sofeb.de/

www.zgv.info/

bzw. auf gleicher Seite:

hartz/befragung_ergebnis.htm

@lptraum-Roter-Punkt-Buchtipp im September:

Notstandskampagne und Rote-Punkt-Aktion - Die Studentenbewegung in Hannover 1967-1969

So lautet der Titel der Magisterarbeit von Anna Christina Berlit (28). Im Rahmen eines Pressegesprächs hat die Geschichtsstudentin Mitte Juli 2007 ihre Arbeit gemeinsam mit Dr. Karljosef Kreter, Leiter des Stadtarchivs und Herausgeber Dr. Hans-Dieter Schmid vorgestellt. "Das Besondere war, dass alle mitgemacht haben", erklärte die Autorin. "In anderen Städten gab es da häufig Sprachbarrieren zwischen Studenten und Arbeitern." Deshalb hätten sich in Hannover viele Nicht-Akademiker an den Protesten beteiligt.* Berlit sprach mit ZeitzeugInnen, recherchierte im Stadtarchiv. "Insgesamt habe ich ein halbes Jahr gebraucht - morgens Archiv, abends Schreibtisch." - Als Zeitzeuge der damaligen Bewegung schilderte der Soziologe Manfred Laueremann (60) seine Eindrücke. Aktiv war er an den Protesten beteiligt gewesen. "Ich wurde damals beobachtet, ein Verfassungsschützer lebte sogar in unserer Kommune", erinnerte sich der Soziologe: "Den haben wir dann enttarnt, weil er sich immer so teure Socken kaufte. Das konnte sich ein Student damals einfach nicht leisten."



Die "Rote-Punkt-Aktion" der hannoverschen Studentenschaft galt der Fahrpreiserhöhung der Straßenbahn im Sommer 1969. Sie markiert eine der wenigen Gelegenheiten, bei der es der Studentenbewegung der 60er Jahre in Deutschland gelang, die Arbeiterschaft zu erreichen. Für eine kurze Zeit gewann die Bewegung die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit. Ein Erfolg - die Erhöhungen blieben aus. "Die Aktion ist ein herausragendes Ereignis der Stadtgeschichte Hannovers in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts", betonte Dr. Karljosef Kreter am 17. Juli 2007 bei der Buchvorstellung im Stadtarchiv.

Die Autorin stellt die "Rote-Punkt-Aktion" in Beziehung zur Entwicklung der Studentenbewegung in Hannover von der Anti-Notstandskampagne bis zur Anti-Springer-Kampagne. Sie liefert damit die erste wissenschaftliche Darstellung der hannoverschen Studentenbewegung in den Jahren um 1968 und leistet so einen Beitrag zur Erforschung der deutschen Studentenbewegung außerhalb ihrer Zentren Berlin und Frankfurt am Main. Bei den heutigen Studenten vermisst die Historikerin Motivation und Engagement: "Ich würde mir wünschen, dass wieder mehr für die eigenen Wünsche und Ziele gestritten wird. Dann könnten wir wieder mehr bewegen." Die gebürtige Hannoveranerin Anna Christina Berlit hat in Hannover Geschichte, Germanistik und Philosophie studiert. Für Fragen zum Buch steht Sie unter Telefon 0176-70041101 oder per

E-Mail anna.berlit@web.de zur Verfügung. Weitere Infos unter: www.stadtarchiv-hannover.de www.regionalgeschichte.de "Notstandskampagne und Rote-Punkt-Aktion"

Verlag für Regionalgeschichte, 33335 Gütersloh, im Mai 2007, Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte, 176 Seiten, ISBN 3-89534-720-5, 14,90 €.

*) Auch der Autor unserer monatlichen @lptraum-Buchtipps war im Juni 1969 vor Ort. - Die 11 Tage andauernde "Rote-Punkt-Aktion" vor 38 Jahren brachten ihm als langhaarigen Schriftsetzer-Lehrling damals "erste Kontakte" mit den Gummiknüppeln der hannoverschen Schutzpolizei...

Siehe auch @lptraum-Leseprobe vom Juni 2005: "Von der APO zum OPA" von Matthias Sesselmann, Hannover, Autobiographie und Gedanken eines 68ers, Werner Hoppe Verlag 1987, ISBN 3-9801356-0-8, 224 Seiten, 5 €. Download (PDF-Datei ca. 350 kB) unter: <http://www.gegen-sozialabbau.de> (Alp)



@lptraum-DVD- und Video-Tipp: "Rote-Punkt-Aktion in Hannover !" (1969)

Film von Thomas Garzke, D 1994, 4:26 min, Off-Kommentar von Heinz Koberg. Der Dokumentarfilm "Rote-Punkt-Aktion in Hannover !" (1969) ist von der Gesellschaft für Filmstudien e.V. (GFS) auf DVD mit zugehörigem Booklet herausgegeben worden. - Der Silberling ist zum Preis von 6,00 € an folgenden Verkaufsstellen zu beziehen: GFS, Expo Plaza 12, 30539 Hannover - Kino im Künstlerhaus, Sophienstraße 2, 30159

Hannover - Büchergilde (DGB-Haus), Otto-Brenner-Str. 1, 30159 Hannover - Antiquariat Ingeborg Becker, Lister Meile 49, 30161 Hannover.

Der Doku-Film "Rote-Punkt-Aktion in Hannover !" (1969) kann auch unter www.datenbank-bildungsmedien.de im Online-Medienkatalog des Niedersächsischen Landesamts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS) als Windows-Media-Datei

(WMV) gesichtet werden. (ErSt)

Es steht eine hochauflösende und eine niedrigauflösende Version des Films zur Verfügung.

Hochauflösender Film (big) mit ca. 1,5 MBit/s: www.datenbank-bildungsmedien.de/material/big.wmv

Niedrigauflösender Film (small) mit ca. 400 KBit/s: www.datenbank-bildungsmedien.de/material/small.wmv

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papieraussgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



Auch im Jahre III nach HARTZ IV: "Ein GVH-SozialTicket fordern wir !"

Noch'n @lptrraum-Taschenbuchtipp: Grundrechte-Report 2007

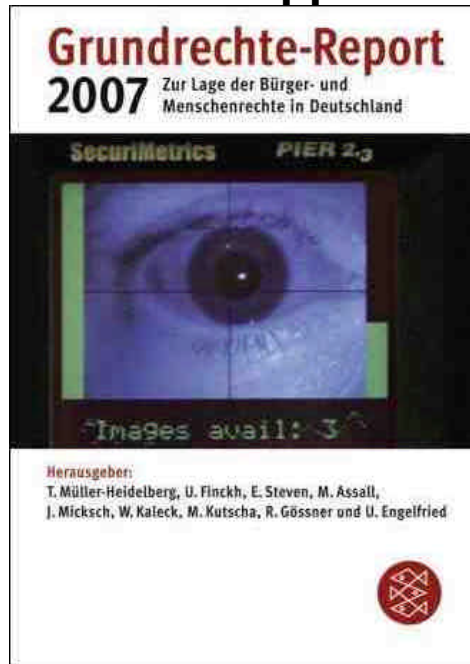
Grundrechte eingeschränkt - Sterben Freiheitsrechte schäubleweise?

Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland:

Bundeswehr-"Tornados" über Demonstrantencamps beim G-8-Gipfel in Heiligendamm und immer neue Ideen des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble (CDU) zur angeblichen Terrorabwehr lassen auf schwindenden Respekt gegenüber den Grundrechten in Deutschland schließen. Allerdings sind derartige Attacken keineswegs neu. Das beweist der im Juni vorgelegte "**Grundrechte-Report 2007**", herausgegeben von anerkannten Menschenrechtsorganisationen hierzulande.

Der jüngste Jahresbericht, es ist mittlerweile der elfte, fällt keineswegs schmeichelhaft für die Regierenden aus. Herausgeber Ulrich Finckh erinnert deshalb nochmal an die Basis der Grundrechte: die Menschenrechte und ihre Deklaration 1948 und ihre Übernahme durch den Parlamentarischen Rat der Bundesrepublik Deutschland. Finkh betont dabei, dass Menschenrechte auch Schutzrechte gegen staatlichen Machtmissbrauch sind. "*Grundrechte werden vor allem dann beschnitten, wenn es um die Funktionsfähigkeit des Staates und um staatliche Sicherheit geht*", schreibt Finckh. Aber er mahnt: "**Sicherheit ist jedoch zum Manipulationsbegriff der Herrschenden geworden, die für ihr Handeln mehr Macht wollen.**"

Tatsächlich verweisen die zahlreichen Beiträge im Report auf das Motto der Regierenden: "*Der Zweck heiligt die Mittel*". Das absolute Folterverbot im Grundge-



setz, die Internationale Antifolterkonvention wie auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention könnten keine Duldung von Folter zulassen, auch wenn sie in anderen Staaten praktiziert wird. "*Es darf kein Outsourcing von Folter geben*", heißt es im Report. Und damit ist auch das "*Ernten der Früchte von Folter*", die Verwertung von Folterinformationen ebenso gemeint wie das Ausliefern von Menschen an Staaten, in denen gefoltert wird. >[grundrechte.jpg](#)< In mehreren Beiträgen belegt der Report Grundrechtseinschränkungen durch Polizei und Justiz in Deutschland, etwa verfassungswidrige Wohnungsdurchsuchungen, geheimdienstliche Medienüberwachung, Einkesselung von Demonstranten. - **Beachtenswert ist,**

dass die Herausgeber auch die Angriffe auf das Sozialstaatsprinzip fokussieren, nämlich wenn Leistungsempfänger generell unter Missbrauchsverdacht gestellt werden und ihre "Unschuld" erst selbst beweisen müssen. Und höchst bedenklich wird es, wenn soziale Bewegungen ins Visier verdeckter Ermittlungen geraten, wie etwa das **Berliner Sozialforum**. - Außerdem verweist der Report auf eine fragwürdige Entwicklung im Blick auf die Meinungsfreiheit, etwa wenn der öffentliche Raum privater Trägerschaft zugeordnet wird und per Hausverbot etwa das Verteilen von Flugblättern untersagt wird.

"*Wer in der Abwehr des Terrorismus Abstriche von der Rechtsstaatlichkeit macht, zerstört letztlich selbst den freiheitlichen Rechtsstaat, den er zu schützen sucht*", zitiert der Report Prof. Dr. Jutta Limbach, die frühere Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts. Wohl nicht ohne Grund. Der Bundesinnenminister wird mit seinen jüngsten Vorstellungen zur inneren Sicherheit genügend Stoff für den nächsten Grundrechte-Report schaffen.

Weitere Infos siehe unter:

www.grundrechte-report.de

"Grundrechte-Report 2007" - Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 2007, ISBN 978-3-596-17504-8, 248 Seiten, 9,95 Euro (Quelle: ver.di-NEWS Nr. 12) Info-Service: www.verdi-news.de (ErSt)

Andreas Gründel möchte "seine Wut" als Leserbrief veröffentlichen:

"Auch ich habe Angst vor Skinheads... Vor allem dann, wenn sie Kauder heißen ! An Anlehnung des bekannten Zitates von Trittin fällt mir nur ein, dass er nicht nur wie Skinhead aussieht, sondern auch solch ein Gedankengut vor allem in seinen dummen und beleidigenden Kommentaren zu einer ggf. in Erwägung gezogenen Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes zum Ausdruck bringt. Kauder gehört mit seinen Äußerungen zu den geistigen Brandstiftern der Hartz-IV-Unterdrückungspolitik"

Ein der @lptrraum-Redaktion "zugelaufenes" Gedicht:

produziert wird hier im überfluss
wer den job verliert, gewinnt verdruss
mit weniger personal einen höheren gewinn!
wo sollen wir mit den arbeitslosen hin?
wie kann man satt werden von hartz IV?
bei denen, die alles haben wächst die gier
bei denen, die nichts haben wachsen depressionen
sozialstaat ? chancengleichheit? nur visionen?
gute bürger sind nur konsumenten

arm und reich sind kontrahenten!
demonstrieren mit dem mikrofon
wo ist denn die fünfzigste person?
kleine gruppen will niemand hören-
sie könnten ja die kauflust stören!
kauflust?kaufrusch? oder kaufrust?
kein geld, kein konsum - keine lebenslust?
aufwachen ! nicht shoppen, sondern denken:
mitgefühl und liebe sollten unser leben lenken!

Nazis raus! - Demo gegen NPD-Wahlkampfauftakt: Sa., 15.9.07, 10 Uhr Opernplatz
12.00 Uhr Hannover Congress Centrum (HCC) - **Nazis raus!** Infos: www.npd-verbot-jetzt.de

@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

August - 2007

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 3, Ausgabe 8

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:



Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal
"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag!"

Erwerbsloseninitiative im Gartenhaus, montags 19.15 - 20.30 Uhr Treffen!

- danach: "gemütlicher Abend"
Im Gartenhaus am Judenkirchhof 11c
E-Mail-Kontakt: Rinzwind@gmx.de

NEU !!
im
Gartenhaus

IG Metall-Arbeitskreis "Erwerbslose"

Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
in der Rotation, ver.di - Höfe, Haus C
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)

ver.di - ELO im Bezirk Hannover Leine-Weser

E-Mail: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus

Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348
in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"
E-Mail: wulf.huehn@querkunst-hannover.de

[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

S.I.L.L. Sozial Initiative Linden Limmer e.V.

Struckmeyerstraße 9 (Linden) 30159 Hannover
"Erwerbslosentreff": Angebot der Linkspartei.PDS
Mo. Mi. Fr. 10.00 Uhr und Di. Do. 17.00-19.00 Uhr
Anmeldung Info: Telefon 0152 / 04810599

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeitheim Linden (Raum U 5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

... und im Anschluss in's "Café Net(t)"

Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie10+700)



@lptraum: info@gegen-sozialabbau.de

Jetzt reicht's! **Politiker, die uns plagen,
werden wir verjagen!** Jetzt reicht's!



www.gegen-sozialabbau.de www.alptraum.org

Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

E-Mail: info@gegen-sozialabbau.de

+++ Termine im September +++ Termine im September +++ Termine im September +++ Termine im September +++

@lptraum-Termine September 2007:

Samstag, 01. Sept. 2007, Antikriegstag, 12.00 Uhr:
(976 Tage Hartz IV) = Gedenken des DGB am Mahnmal
Aegidienkirche, anschließend vor dem Neuen Rathaus am
"Denkmal für die unbekanntes Deserteure" (Trammplatz)

Samstag, 01. September 2007, ab 14.00 Uhr:

"1. Faust- und Hof-Fest" (Eintritt frei!) Theater, Literatur,
Präsentationen der Vereine und vieles mehr für Jung & Alt:
Der große Tag der offenen Türen! - Infos: www.faustev.de

Sonntag, 02. Sept. 2007, 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr:

"Das kleine Einmaleins im Straßenverkehr" (Eintritt frei!)
HAZ-Aktion Sicherer Schulweg: Gilde-Parkbühne/AWD-Hall

Dienstag, 04. Sept. 2007, 17.30 bis 19.30 Uhr:

After Work Bildung: Aktives Selbstmanagement - selbst-
bewusster Auftritt im beruflichen Umfeld. Tel. 12 400 416
Ort: ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10, 30159 Hannover

Damals vor 3 Jahren, ... anno 06. Sept. 2004:

In Hannover findet die erste größere "Montagsdemo" statt.
Über 800 Teilnehmer trafen sich am Kröpcke und in Linden
unter dem Motto: "Aufstehn gegen die Sozialräuber!"

Samstag, 08. Sept. 2007, 11.00 bis 20.00 Uhr:

7. Limmerstrassenfest (Küchengarten bis Köthnerholzweg)
u.a.: 2.Volkslauf Linden-Limmer und Schützenausmarsch

Damals vor 6 Jahren, ... anno 11. Sept. 2001:

Es war vielleicht der schwärzeste Tag in der Geschichte
der USA: Etwa 3000 Menschen verloren bei den Terror-
anschlägen in New York und Washington ihr Leben...
Die US-Bush-Regierung reagierte hart und startet den
"Krieg gegen den Terror". Infos: www.whitehouse.gov

Mittwoch, 12. Sept. 2007, 17.30 bis 20.00 Uhr:

After-Work szenario 2007: Szenisch! trainieren + beraten
Ort: ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10, 30159 Hannover

Samstag, 22. Sept. 2007, 14.30 Uhr, Berlin-Demo:

"Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!"

Demo gegen die totale Protokollierung von Telefon, Handy,
E-Mail und Internet - Stoppt die Vorratsdatenspeicherung!

Treffpunkt: Pariser Platz (Brandenburger Tor) um 14.30 Uhr...
Infos: www.petrapau.de und www.vorratsdatenspeicherung.de

Donnerstag, 27. Sept. 2007, "1-Euro-Job-@gentur"

Seit über 11 Jahren: traditioneller Jagoda-Gerster-Weise-Tag
Verkündung der aktuellen @rbeitslosenzahlen für September

Infos siehe: <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php>
Termine für zentrale Pressekonferenzen: www.arbeitsagentur.de

**Laut Regelsatz stehen ALG II- und Sozialgeld-Empfängern
monatlich 4,63 Euro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung!
Der Mobilitätsanteil beträgt 14,- Euro für den BG-Vorstand.**



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.
Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4
BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

@lptraum gelesen und als interessant befunden? Mitmachen - Weitergeben